

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0428/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat I/12 14 81 3/FTT	Datum 28.02.2011	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am			
<b>Beratungsfolge Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	Entscheidung	13.04.2011	Ö

<b>Betreff:</b> Kampagne Fairtrade Town - Antrag 1537/2010/1 Bündnis 90/Die Grünen zur Stadtratssitzung 1.9.2010 Bewerbung der Landeshauptstadt Mainz
Mainz,  Jens Beutel Oberbürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Mainz im Rahmen ihres AGENDA 21-Prozesses an der Kampagne Fairtrade Town beteiligt.

## **Problembeschreibung / Begründung:**

1. Sachverhalt
2. Lösung
3. Alternative
4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

### **1. Sachverhalt**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Antrag 1537/2010/1 zur Stadtratssitzung am 1.9.2010 den Stadtrat aufgefordert, zu beschließen, dass sich die Stadt Mainz im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel an der Kampagne Fairtrade Towns beteiligt und den Titel Fairtrade-Stadt anstrebt. Laut Niederschrift (Anhang) wurde der Antrag an den zuständigen Ausschuss verwiesen, um hier die Einzelheiten zu diskutieren.

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 28.10.2010 einstimmig im Sinne des Antrages beschlossen, dass sich die Stadt Mainz an der Kampagne Fairtrade Town beteiligt.

Die Kampagne Fairtrade Towns ist eine weltweit sehr erfolgreiche Aktion und dient vor allem dazu, das Thema fairer Handel mehr in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. Die wichtigsten Standards des fairen Handels sind die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, sozialer Anforderungen und wirtschaftliche Effizienz.

Die Landeshauptstadt Mainz hat sich mit Stadtratsbeschluss vom 1.9.2010 für eine nachhaltige Beschaffungspolitik entschieden. Die Teilnahme an der Kampagne Fairtrade Town wäre ein Baustein im Rahmen dieser zukunftsgerichteten Einkaufspolitik. Im Bereich Beschaffungen, Vergabe und der Durchführung von Baumaßnahmen trägt die Landeshauptstadt Mainz hinsichtlich der Berücksichtigung von Sozialstandards und Umweltschutzkriterien eine besondere Verantwortung. Zum einen hat sie eine wichtige Vorbildfunktion, zum anderen kann sie durch ihre Nachfrage die Entwicklung und Produktion umweltfreundlicher Produktalternativen vorantreiben sowie die Einhaltung von sozialen Standards im Rahmen von Produktions- bzw. Bauprozessen fördern. Unter Beachtung eben dieser Vorbildfunktion kann die Stadt Mainz den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzeigen, dass das tagtägliche Konsumverhalten und die Entscheidung für fair gehandelte Produkte positive Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzentenfamilien u.a. in Afrika, Asien und Lateinamerika haben kann.

Die Teilnahme an der Kampagne ist auf Bürgerbeteiligung ausgerichtet. Gemeinsam soll Öffentlichkeit gewonnen werden, die Stadt soll sich als Vorbild darstellen und auch überregionale Medienpräsenz gewinnen.

Bereits jetzt erfolgt durch zahlreiche Maßnahmen eine Unterstützung des Fairen Handels in Mainz. Die Stadt Mainz verfügt über ein breites Angebot an Verkaufsstätten von Produkten aus dem fairen Handel. Es gibt eine Vielzahl an Aktivitäten in Schulen, Vereinen, Kirchengemeinden u.a.. Außerdem finden zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen zur Förderung des fairen Handels statt. Unterschiedliche Akteure in der Stadt Mainz beschäftigen sich mit dem Thema Fairer Handel.

## 2. Lösung

Um Fairtrade Stadt werden zu können, müssen fünf Kriterien erfüllt werden:

1. Es liegt ein Beschluss vor, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Büro des Oberbürgermeisters fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet wird. Es wird die Entscheidung getroffen, den Titel Fairtrade-Stadt anzustreben.
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die die Aktivitäten vor Ort koordiniert. In dieser Steuerungsgruppe sollten z.B. folgende Bereiche vertreten sein:
  - Stadtverwaltung
  - Weltladen Unterwegs
  - IHK
  - Kirchen
  - Nichtregierungsorganisationen
  - Schulen, Vereine
  - Medien
  - City-Management
  - Hotel- und Gaststättenverband

Nach der Gründung der Steuerungsgruppe sollen die Ziele definiert, die Frequenz der Treffen sowie die konkreten Aufgaben festgelegt und etwaige Unterstützer angesprochen werden.

3. In den lokalen Einzelhandelsgeschäften werden Fairtrade-Produkte angeboten, in Cafes und Restaurants werden diese Produkte ausgeschänkt. Die erforderliche Zahl der Geschäfte und Gastronomiebetriebe ist an die Einwohnerzahl gekoppelt.
4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fairtrade-Produkte verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten durchgeführt.
5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten, es erfolgt eine Dokumentation. Mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit werden die Stadt und ihre Vertreter als sozial verantwortlich handelnde Akteure wahrgenommen. Die Kommune wird Vorreiter, z.B. erste Fairtrade Stadt in Rheinhessen o.ä..

Nach Erfüllung aller Kriterien und Prüfung durch TransFair e. V. wird der Titel „Fairtrade-Stadt“ für zunächst zwei Jahre vergeben. Danach erfolgt eine Überprüfung, ob die Kriterien weiter erfüllt sind.

### **3. Alternativen**

Keine Teilnahme.

### **4. Ausgaben/Finanzierung**

Neben den Personalkosten entstehen Kosten für die intensive Öffentlichkeitsarbeit. Die Medien müssen eingebunden werden, Kampagnenmaterial inkl. Layout muss erstellt (Flyer, Banner etc.), Veranstaltungen müssen durchgeführt werden. Eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit ist im Rahmen der Kampagne erwünscht und erforderlich und würde Kosten in Höhe von ca. 20.000 Euro verursachen. Bisher konnten lediglich 3.000,-- Euro für das Haushaltsjahr 2011 vom 12-Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen nachgemeldet werden. Hiermit könnte die Kampagne zunächst gestartet werden.